Mediendienst

Stuttgart, 20. November 2025

Freie Demokraten
Landtagsfraktion Baden-Württemberg FDP

Karrais: Ablehnung von CCS wäre weiterer Schritt zur Deindustrialisierung

Industrie ist auf Speichermöglichkeit angewiesen - Produktion von Grund- und Baustoffen gefährdet

---

Vor der Bundesratssitzung am Freitag warnt der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) in Baden-Württemberg eindringlich, den Plänen zur Änderung des Kohlendioxid-Speicherungsgesetzes zuzustimmen. Diese Haltung kritisiert der Sprecher der FDP/DVP-Fraktion für Energie und Klimaschutz, **Daniel Karrais:**

„Der BUND-Landesverband argumentiert vollkommen sachfremd. Die Speicherung und Weiterverwendung von CO2 über CCS („Carbon Capture and Storage“ - CO2-Abscheidung und -Speicherung) und CCU („Carbon Capture and Utilization“ - eine Technologie zur Nutzung von Kohlendioxid als Rohstoff) sind unerlässlich, um die Klimaziele erreichen zu können. Besonders schwer dekarbonisierbare Industrien, wie die Zementindustrie und die chemische Industrie sind auf eine CO2-Wirtschaft angewiesen. Andernfalls endet die Produktion von wichtigen Grund- und Baustoffen in Deutschland zu Gunsten anderer Länder. Mit Klimaschutz, Nachhaltigkeit und Rohstoffunabhängigkeit hat die Forderung des BUND nichts zu tun. Ich rate dem Verband dazu, die einschlägigen Berichte des Weltklimarats IPCC und des Klimasachverständigenrats Baden-Württemberg zu studieren und die Position zu überdenken.

Es ist richtig und wichtig, dass Baden-Württemberg im Bundesrat für das Kohlendioxid-Speicherungsgesetz stimmt. Die Ablehnung von CCS wäre ein weiterer Schritt in Richtung Deindustrialisierung unseres Landes.“

FDP-Fraktion im Landtag von Baden-Württemberg
Haus des Landtags, Konrad-Adenauer-Str. 3, 70173 Stuttgart
Dr. Jan-Havlik, Pressesprecher, Tel: 0711 2063 9013, Fax 0711 2063 610
jan.havlik@fdp.landtag-bw.de; www.fdp-dvp.de